

caritas-mitteilungen für die Erzdiözese Freiburg

news

Stadt – Land – Zukunft

Der demographische Wandel erfordert ein Denken über den eigenen Claim hinaus

Nah an Menschen von weit weg

Erzdiözese und Caritas stärken Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

Bündnis für Tariftreue

Caritas, Diakonie und ver.di setzen sich für flächen-deckende Tarifstandards ein



Soziale Innovation braucht eine neue Haltung!

Der demographische Wandel fordert bürgerschaftliches Engagement und ein Denken über den eigenen Claim hinaus

Der demographische Wandel und seine Folgen für unsere Gesellschaft, diesem bedrängenden Thema widmet sich die Caritas in den nächsten drei Jahren. Wie lässt sich die Zukunft in einer immer älter werdenden Gesellschaft so gestalten, dass das Leben für die Jungen wie für die Alten angesichts der Fülle damit verbundener Schwierigkeiten eine hoffnungsvolle Perspektive hat? Eine Frage, die alle angeht – nicht nur Staat und Politik, sondern uns alle. Es ist vor allem eine Frage nach der Haltung, mit der wir uns der demographischen Entwicklung stellen.

Bekommen wir die Zukunft, die wir verdienen? In den vielen Sonntagsreden heißt es immer: „Wir werden älter, wir werden weniger, wir werden bunter“. Das ist eine harmlos klingende Aussage, die in dieser Harmlosigkeit geradezu gemeingefährlich ist. Vier Zahlen zur Skizzierung der demographischen Herausforderung:

■ Die demografisch vorausberechnete Abnahme der Erwerbsfähigen in Deutschland um 6,3 Millionen bis 2030, trotz eingerechneter Zuwanderung von durchschnittlich 200.000 Personen pro Jahr, kann keine Industriegesellschaft dieser Welt ohne Einbußen aushalten: Und keiner weiß, ob wir die hohen

Einwanderungszahlen halten oder steigern können und wie wir es schaffen, möglichst qualifizierte Einwanderer anzulocken. Auch die Produktivität kann nicht so schnell steigen, wie die Fachkräfte abnehmen.

■ Die gleichzeitige Zunahme der Rentenempfänger um 5,8 Millionen bis 2030 und die zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung um drei Monate pro Jahr stellt unser gesetzliches Rentensystem und das damit verbundene Umlageverfahren vor eine unlösbare Aufgabe. Dazu muss man nicht Mathematik studiert haben, wie Franz Müntefering immer wieder sagt. Und die Rente mit 67 ist als solche auch keine Lösung: Bis sie Ende 2029 endgültig in Kraft getreten ist, könnten einige Erwerbsfähige zwei Jahre länger arbeiten – sie leben aber fast alle dann schon drei Jahre länger. Ein kleiner Bremseffekt, aber unzureichend. Und wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz kann auch der staatliche Zuschuss in die Rentenversicherung nicht noch weiter steigen.

■ Alle Fachleute sind sich einig, dass es bis 2050 fast zu einer Verdoppelung der Pflegebedürftigen (von 2,6 Millionen auf 4,2 Millionen) kommen wird. Das geschieht bei gleichzeitiger Abnahme des informellen/familiären Pflegepotentials, das heute noch 70 Prozent der Pflegeleistungen erbringt (vorwiegend ältere Frauen). Die Pflegeversicherung in ihrer jetzigen Form kann sich dieser Entwicklung nur

stellen, wenn eine drastische Steigerung der Beiträge erfolgt. Keiner hat hier eine Patentlösung. Aber alle sind sich einig, dass grundlegende Veränderungen nötig sind.

■ Die Fachleute streiten sich, ob zwei oder fünf Prozent der Wohnungen altersgerecht umgebaut sind, obwohl wir alle wissen, dass mehr als zwei Drittel der Alten in der eigenen Häuslichkeit verbleiben wollen bis zum Ende. Und das sind jetzt schon mehr als 16 Millionen Personen. Es ist nur eine minimale bauliche Anpassung von Häusern und Wohnungen erfolgt und keine große Aufwärtsentwicklung erkennbar, weder im Privateigentum noch im gemeinnützigen Wohnungsbau.

Wie gehen wir heute diese Herausforderung an?

Im November 2014 haben wir unseren Generali Engagementatlas 2015 vorgelegt: Eine wirklich effektive Struktur für Engagementförderung, auf die wir alle in Zukunft noch mehr angewiesen sein werden, gibt es nicht, obwohl sicher hunderte von Millionen investiert worden sind. Aber eben nicht planmäßig, sondern ein Wildwuchs aus diversen Modellprogrammen mit einer entsprechend segmentierten Struktur der Förderung auch vor Ort für jeweils unterschiedliche Einrichtungstypen, die nicht nur untereinander schlecht bis gar nicht zusammenarbeiten, sondern um knappe Mittel konkurrieren, und auch nicht ausreichend mit Politik und Wirtschaft die strategischen Allianzen eingehen, die wir dringend brauchen, um vor Ort zu nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Bei der Pflege haben wir ein System eingerichtet, das strukturell unterfinanziert ist: Minutenpflege, niedrige Gehälter und Überlastung der Pflegenden, mangelhafte Unterstützung pflegender Angehöriger, Fixierungen von Dementen und insbesondere bei Hochaltrigen eine flächendeckende Übermedikation bis hin zur „terminalen Sedierung“. Ganz zu schweigen davon, dass das zwischenmenschliche Gespräch oder einfach das Handhalten ganz unter die Räder kommt, weil es keine abrechenbare medizinische Leistung ist. Das Anliegen, in stationären Heimen zu besseren und menschenwürdigeren Lösungen zu kommen, müsste uns allen auf den Nägeln brennen. Und die Besserung kann nicht der Einzelne alleine leisten – es sind die Rahmenbedingungen, die verändert werden müssen.

Und dann das Problem des Fachkräftemangels: Fachleute schätzen, dass schon heute 50.000 Fachkräfte in der Pflege fehlen – bis 2030 sollen es 80.000 sein, bis 2050: 500.000. In einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums aus September 2014 wird festgestellt: „Die meisten der insgesamt 55 Berufsgattungen mit starkem Engpass waren in den Berufsfeldern ‚Gesundheit, Soziales und Bildung‘ und so weiter zu verzeichnen... Die meisten Fachkräfte in Engpassberufen waren in diesem Berufsfeld beschäftigt: 1,57 Millionen. Von den 6,7 Millionen Fachkräften in Engpassberufen werden 2,1 Millionen ältere Fachkräfte innerhalb der nächsten 15 Jahre den Arbeitsmarkt verlassen und müssen ersetzt werden.“

Und alles soll so weitergehen wie bisher, nur mit noch viel mehr Geld. Wie denn? Viel hilft hier eben nicht viel. Wir stehen insbesondere im sozialen Bereich vor einem Paradigmenwechsel – und auch vor einem gewaltigen Wechsel im Selbstverständnis und der gesellschaftlichen Funktion der Wohlfahrtsverbände, auch der Caritas. So lobenswert die Arbeit der Caritas (und anderer Wohlfahrtsverbände und Initiativen) ist: Wollen wir mit dem Gar-

tenschlauch einen riesigen Waldbrand löschen? Versuchen wir mit Aspirin eine Krebskrankheit zu heilen?

Paradigmenwechsel

In dieser Großwetterlage müssen neue, innovative Lösungen gefunden werden, um die beschriebenen Herausforderungen, das demografische Risiko, in eine große Beteiligungschance zu verwandeln. Die vorhandenen Ressourcen an Eigenverantwortung und Selbstorganisation insbesondere in Form des bürgerschaftlichen Engagements müssen besser und nachhaltiger als bisher in den Prozess der sozialen Erneuerung eingebracht werden – durchaus auch mit öffentlicher Förderung. Niemand redet von einem Rückzug des Staates: Er muss sich vielmehr in ganz anderer Weise als bisher einbringen in einem Mix der Gemeinwohlproduktion.

Der Chef der Charité Stiftung sagte vor einigen Jahren, dass die Frage der

Innovation eine Frage der Haltung ist. Das möchte ich gerne zustimmend erläutern und an vier grundlegend falschen Haltungen verdeutlichen.

Haltungsfehler: Staatsgläubigkeit

Dieser Haltungsfehler geht durchaus bis in die kommunale Ebene hinunter, wo mancherorts nach wie vor eine Art Omnipotenzphantasie der gewählten und/oder zuständigen öffentlichen Akteure vorherrscht und eine Kooperation mit den partizipationsbereiten Bürgern und der Zivilgesellschaft verhindert – und ich hoffe, dass ich niemand hier zu nahe trete: Diese Haltung überträgt sich leicht auf die parastaatlichen Wohlfahrtsverbände, die sich als „Liga“ bezeichnen, de facto aber ein Kartell bilden und sich alleine als Hüter der Wohlfahrt sehen. Sie sind in der Versuchung, sich aus falsch-verstandener Konkurrenz gegen neue zivilgesellschaftliche Initiativen abzuschotten, obwohl sie schon jetzt mit



Recht auf Ruhestand? Eigenverantwortung und Mitverantwortung sind gefragt, um den demographischen Wandel zu gestalten – gerade auch bei den älteren Generationen.



Für eine neue Kultur der Mitverantwortung, die es zu entwickeln gilt, werden strategische Mitspieler gebraucht, keine Bittsteller. Dessen sollte sich auch die Caritas bewusst sein.

den vorhandenen Aufgabe hoffnungslos überfordert sind. Hier in Baden-Württemberg gilt das vielleicht weniger: Riedlingen, Eichstetten sind ja schon hoffnungsstärkende Ansätze, dass es auch anders geht als im gleichen Trott wie bisher.

Neubelebung der christlichen Soziallehre: Subsidiarität

Schauen wir uns den Artikel 1 Grundgesetz an: „Die Menschenwürde ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt.“ Das ist richtig und kann gerade in diesen Tagen angesichts des IS-Terrors nicht oft genug wiederholt werden. Zum Glück sind wir von diesem Terror noch einigermaßen entfernt. Noch wichtiger aber: Als Konsequenz aus dem Terror der Naziherrschaft, haben wir dem Staat die Aufgabe übertragen, die Menschenwürde zu schützen. Daraus ist so eine Art Verschiebepbahn und damit eine falsche Haltung geworden: Wenn was schief läuft, ruft jeder nach dem Staat. Wir haben vergessen, dass wir selbst der Staat sind – vor 25 Jahren hieß es noch: „Wir sind das Volk!“. Die richtige Haltung hier kann nur sein: Nur wir selbst können die Menschenwürde „schützen“ im alltäglichen Leben: Durch eine aktive Gestaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen in unseren Nachbarschaften und in Ihren Einrichtungen. Das ist der eigentliche demokratische und gesellschaftliche Auftrag, das ist unsere gemeinsame

Verantwortung als Gemeinschaft, die wir vor dem Auseinanderfallen bewahren müssen. Bloßes staatliches Geld reicht hinten und vorne nicht. Und die Schuldenbremse ist richtig: Wir dürfen unsere Kinder und Enkel nicht mit noch größeren Schulden belasten.

Kampf gegen die Gleichgültigkeit aufnehmen

Und dabei müssen wir (ich sage als einer der „Zirkusdirektoren“: wir!) Engagierten es schaffen, eine schweigende und passive Mehrheit in unserer unmittelbaren Umgebung zunehmend auf unsere Seite zu ziehen und zu aktivieren. Hier spreche ich nicht nur als Einzelperson, sondern habe den Bundespräsidenten an meiner Seite.

Er hat in seiner Rede zum 9. Oktober in Leipzig vor der Gleichgültigkeit gewarnt – ich zitiere daraus: „Auch die Demokratie kennt Ohnmacht, oft ist es selbstverschuldete Ohnmacht, wenn der Einzelne nicht mitredet, nicht mitgestaltet, nicht zur Wahl geht, sich nicht für zuständig erklärt, obwohl über ihn und seine – unsere – Gesellschaft befunden wird. Ich weiß, dass es nicht jedem gelingt, sich etwa in einer Partei zu engagieren. Aber unsere Gesellschaft bietet doch unzählige Möglichkeiten, sich einzubringen: in Verbänden und Vereinen, in Kirchen und Gewerkschaften, in der Nachbarschaftshilfe, in Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt im engagierten Milieu der Netzgemeinde.“

Wir dürfen niemals vergessen, dass unsere Demokratie nicht nur bedroht ist von Extremisten und von Fanatikern und Ideologen, sondern dass sie ausgehöhlt werden und ausdörren kann, wenn die Bürger im Land sie nicht mit Leben erfüllen.“

Dem kann man nur zustimmen. Die gemeingefährliche Gleichgültigkeit ist eingebettet in eine geistige Haltung, an der wir nachhaltig Grundlegendes ändern müssen, wenn wir wirklich eine lebenswerte Zukunft haben wollen.

Sind wir in guter Verfassung?

Der vor kurzem verstorbene Bundespräsident Weizsäcker hat in seiner Amtszeit gesagt: „Wir haben eine gute Verfassung.“ Stimmt vollkommen. Dann hat er allerdings nachgefragt: „Sind wir in guter Verfassung?“ In keiner der Würdigungen seiner großen Lebensleistung habe ich diese Frage wiedergefunden. Warum nicht? Wir wollen diese Frage nicht hören, wir ergehen uns lieber in den guten wirtschaftlichen Zahlen der Gegenwart. Wir fahren praktisch mit 80 gegen eine schon sichtbare demografische Wand, keiner bremst, keiner lenkt um – alle berauschen sich an der schönen Geschwindigkeit.

Auf Weizsäckers Frage antworte ich heute: Nein. Wir sind nicht in guter Verfassung. Und lassen wir uns nicht vom gegenwärtigen Zustand blenden: Beschäftigungsrekorde, Exportüberschuss, Konsumrausch – es wird nicht

lange so bleiben. Schon jetzt steigt die Altersarmut gefährlich an, sie wird sich noch erheblich beschleunigen. Die Ursachen für diese schlechte Verfassung sind sicher komplex. Eines aber ist einfach: Unsere immer mehr offensichtlich unbegründete Erwartung „Der Staat soll es richten – ohne mich!“ müssen wir endgültig aufgeben.

Haltungsfehler (im Kopf): Angst vor Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements

Wenn es im jüngst erschienenen Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) heißt, dass die Engagierten nicht zu Ausfallbürgern für ausfallende staatliche Leistungen gemacht und damit instrumentalisiert werden dürfen – dann ist das ein indirekter Ausdruck der schon erwähnten gemeingefährlichen und falschen Staatsgläubigkeit. Obwohl die BAGSO zu Recht in demselben Papier die Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips fordert, stellt sie sich selbst ein Bein: Beharren auf umfassenden staatlichen Sozialleistungen und gleichzeitig mehr Eigenverantwortung – das passt nicht zusammen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wir müssen wieder lernen, dass es unsere ureigenste Aufgabe ist, unsere Lebensverhältnisse selbst zu gestalten, möglichst auch in sorgenreichen Gemeinschaften, aber in eigener Verantwortung. Dazu brauchen wir möglicherweise bessere Unterstützung der öffentlichen Hände und mehr professionelle Hilfe. Wir können wohl Krücken gebrauchen, aber gehen müssen wir selbst.

Wenn es in unserem politischen System einen Ausfallbürgern gibt, dann ist das der Staat: Er kann mit Mühe die existenziellen Risiken (innere und äußere Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Rente) absichern, mehr soll er aber auch gar nicht: Was wir selbst gestalten können, darf er gar nicht gestalten, selbst wenn er es könnte. Das ist unser gemeinsames freiheitliches und verantwortliches Menschenbild – kein Freifahrtschein für Egoismus, sondern Grundlage für

einen Appell an Alle zum Mitmachen. Das ist auch der Kern der christlichen Soziallehre.

Wohlfahrtsverbände als Treiber gesellschaftlicher Innovation

Und da wir schon beim Thema sind: Eine Änderung der generellen Haltung der Wohlfahrtsverbände ist dringend geboten: Sie dürfen sich nicht in der monopolisierten Rolle der staatlich subventionierten und legitimierten Dienstleister erschöpfen. Dienstleistungen werden eingekauft, das ist kein Alleinstellungsmerkmal der freien Wohlfahrtspflege. Auf der christlichen Grundlage müssen Qualitätsmerkmale ihre Arbeit kennzeichnen, über die kein anderer verfügt. Es ist ja kein Zufall, dass die Caritas Caritas heißt: Und da sind wir ganz nah dran an dem Potential des freiwilligen Engagements: Mit einer Stärkung dieses Elements verbessern sie den zwischenmenschlichen Bereich, die eigentliche Betreuung, manche würden sagen die „Seelsorge“, nach der die Hilfsbedürftigen sich sehnen und die auch den Engagierten das zurückgibt, was sie sich erhoffen. Und es gibt nach Klaus Dörner neben den Hilfsbedürftigen auch die Helfensbedürftigen – aber sie müssen gewonnen, motiviert, eingebunden, wertgeschätzt und professionell und flexibel organisiert werden. Ich stelle nur die Frage: Tut die Caritas auf diesem Gebiet genug? Gibt es da eine Entwicklungsstrategie?

Und über die Organisation des Tagesgeschäfts hinaus: Wie steht es mit Konzepten der Öffnung der Caritas-Einrichtungen in die Quartiere hinein, mit offener Altenarbeit und so weiter? Wie sieht es aus mit der Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren: Hat die Caritas allein auf Grund ihrer Größe hier nicht eine besondere Verantwortung voranzugehen? Und wenn dazu ein Bekenntnis abgelegt wird, dann müssen auch Taten folgen: Wo bleiben die personellen Ressourcen für diese neue und sehr schwierige, langfristige Aufgabe? Wir brauchen unbedingt mehr gesellschaftliche Zusammenarbeit nicht nur mit den

anderen Wohlfahrtsorganisationen, sondern auch mit der Verwaltung und mit den Unternehmen und insbesondere mit anderen bürgerschaftlichen Organisationen wie Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser et cetera. Und diese Zusammenarbeit fällt nicht vom Himmel: Sie muss in mühsamer Vertrauensaufbauarbeit mühsam geleistet werden, nicht im Nebenjob. Es müssen Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung gesucht, Kompromisse eingegangen und dann auch Versprechungen eingehalten werden. Ist die Caritas zum Beispiel womöglich als Hebamme für neue Wohnprojekte dabei, unentbehrliche Geburtshilfe für mehr generationengerechtes Wohnen in eigener Verantwortung zu leisten?

Haltungsfehler: Übermäßige Fixierung auf die vorgegebene, einzelne Institution/Aufgabe und deren innerverbandliche Organisation – „Wir sind die Größten“

Grob vereinfacht verharrt das Selbstverständnis vieler Bürgerstiftungen in der Haltung einer sozial-caritativen Feuerwehr: überall, wo es besonders raucht und brennt, versuchen sie das Feuer zu löschen. Inzwischen brennt es aber deutlich mehr, als wir je alle zusammen löschen können. Um zu einem wirklichen Brandschutz zu kommen, bedarf es einer grundlegenden Haltungsänderung. Und dazu gehört, damit aufzuhören, immer als erstes darauf zu schauen, was der eigenen Organisation am meisten nutzt oder wie man selbst am besten sichtbar wird nach außen. Das gilt in vollem Umfang auch für die Wohlfahrtsverbände im Allgemeinen und die Caritas im Besonderen.

Es heißt ja in vielen Sonntagsreden, dass das Engagement eine Menge Eigensinn aufweist und dass das doch schön und notwendig sei. Ja und nein, sage ich dazu. Wenn der Eigensinn als Motor wirkt, die Probleme besser und wirksamer zu lösen als es bisher möglich war: Dann ist alles gut. Wenn er aber in übertriebenen Ehrgeiz und



„Hilf mit, den Wandel zu gestalten“: Eine Einladung und Aufforderung zugleich, sich mit seinen besonderen Stärken einzubringen – generationenübergreifend.

Profilsucht ausartet und dann immer nur eifersüchtig auf die eigene Souveränität und die persönliche oder organisationsbezogene eigene Sichtbarkeit geachtet wird, dann handelt es sich um eine Perversion. Und diese verhindert sowohl die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft als auch mit den sehr wichtigen Mitspielern aus den Sektoren Politik/Verwaltung und Wirtschaft. Und wir haben im Engagementatlas 2015 nachgewiesen, dass es viel zu wenig Zusammenarbeit gibt und schon gar keine strategischen Partnerschaften, obwohl fast alle engagementfördernden Einrichtungen prekär finanziert und von öffentlichen Projektmitteln abhängig sind, die sich sicher nicht vermehren werden wie der Wein bei der Hochzeit von Kanaa.

Es ist mir besonders wichtig, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen – und damit auch die Caritas – ihr segmentiertes Vorgehen beenden und gemeinsam ein schärferes, auch politisches Sendungsbewußtsein entwickeln – bloße Charity und Eigenbrötelei, das Schmoren im Interesse der Erhaltung eigener örtlicher Organisationsstrukturen darf nicht alles gewesen sein. Mit eigener Initiative beispielhaft voranzugehen – das stärkt alle zusammen und

strahlt auch zurück auf die Caritas. Hat die Caritas dabei etwas zu verlieren? Ich sehe das nicht so, im Gegenteil.

Ich gestatte mir folgende Fragen:

- Ist die Caritas in ihrem Selbstverständnis so weit, dass sie eine federführende Initiative und Verantwortung für gemeinsame Aktivitäten vor Ort übernehmen will und kann?
- Hat sie sich zum treibenden Teil einer bundesweiten Bewegung der sozialen Erneuerung gemacht?
- Gibt es eine ausreichende Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in ihrem Viertel, in ihrer Stadt? Wissen die Akteure, wie sie mit allen Bemühungen in fünf Jahren, in zehn Jahren leben wollen?
- Ist die Caritas zufrieden mit ihren Mitgliederzahlen und der Wirkung ihrer Aktivitäten?
- Gibt es genügend Nachwuchs an Freiwilligen und werden die vorhandenen gut genug betreut und beteiligt?
- Wie kann eine soziale Nachhaltigkeit geschaffen werden bei rückläufigen eigenen Ressourcen?

Der Jahresanfang ist auch eine Zeit für eine Inventur und ein Nachdenken darüber, was am Jahresende geleistet worden sein soll.

Haltungsfehler: Defizit-orientiertes Altersbild

Und eine dritte gesellschaftlich weit verbreitete und fest verwurzelte Haltung muss endlich offensiv korrigiert werden: Das defizit-orientierte falsche Altersbild – und die damit gekoppelte asoziale Vorstellung, dass jeder im Alter beliebig lange die Beine hochlegen kann und nichts mehr beitragen muss zum Gemeinwohl.

Auch hier haben wir einen tiefsitzenden gesellschaftlichen Einstellungsfehler: Uns geht's doch gut, der Staat wird's schon richten und wir Alten müssen keinen Beitrag (mehr) leisten, sondern können auf unseren Ansprüchen beharren – wider besseres Wissen: Auch wegen der notwendigen Schuldenbremse wissen wir ganz genau, dass das staatliche Manna nicht lange weiter vom Himmel regnen wird, dass unsere Verantwortung nur sein kann, unseren Kindern nicht noch mehr Schulden und unbezahlbare Aufgaben zu hinterlassen.

Also: Ein Recht auf Ruhestand gibt es nicht. Vielmehr ist die Freiheit des Ruhestandes untrennbar mit der moralischen Verantwortung verbunden, dass die gesunden, fitten und leistungsfähigen

Ruheständler sich möglichst freiwillig aktiv einbringen in ihr Gemeinwesen. Und wenn im ersten Engagementbericht der Bundesregierung von Selbstverpflichtung die Rede ist, sollte es statt Geheule über diese abzulehnende „Zumutung“ eine signifikante und lautstarke Zustimmung geben. Davon sind wir meilenweit entfernt. Auch die Caritas.

Ich will noch deutlicher werden: Alter ist zu bewerten wie Eigentum: Es ist gesellschaftlich und persönlich erarbeitet und erlebt worden – der gesellschaftliche Beitrag dazu ist größer, als den Meisten bewusst ist. Was wären wir ohne unsere freiheitliche Ordnung, ohne gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ohne staatlich gewährleisteten Frieden, ohne öffentlich bezahlte Bildung, ohne funktionierende Rechtsordnung, ohne medizinischen Fortschritt? Und deswegen wage ich zu behaupten: So wie Eigentum nach Artikel 14 Grundgesetz zum sozialen Gebrauch verpflichtet, so verpflichtet auch Alter zum sozialen Gebrauch. Die Caritas sollte sich dessen bewusst sein bei Akquisitionsgesprächen und nicht nur an eine caritative Grundeinstellung appellieren: Es geht um eine neue Kultur der Mitverantwortung – und da werden strategische Mitspieler gebraucht, keine Bittsteller. Das hat auch was mit Mission zu tun, so altmodisch das heute klingt. Wer selbst nicht brennt, kann auch keine anderen anzünden.

Diese Mitverantwortung wahrzunehmen, das verschafft einem (wem sage ich das?) etwas, das man eben nicht mit Geld kaufen kann: Sinn, Selbstwirksamkeit und Gruppenzusammenhalt, Gemeinsamkeit in der Sache und gegenseitige Anerkennung – in einem Wort zusammengefasst: Ein unbeschreibliches Glücksgefühl, Mensch im wahrsten Sinne des Wortes zu sein. Das passt auch gut zu dem Motto der Kampagne: „Hilf mit, den Wandel zu gestalten!“

Offenheit, Wissens- und Transfermanagement sind nötig

Um mit den knappen Mitteln besser zu arbeiten brauchen wir mehr Offenheit,

ja ein Zugehen auf neu entstehende, innovative Problemlöser. Und dazu auch noch ein besseres Wissensmanagement: Mehr Wissen über funktionierende Projekte und deren Erfolgsfaktoren. Da macht ja die Kampagne Stadt – Land – Zukunft schon mal einen sehr guten Schritt in die richtige Richtung. Was wir aber zusätzlich zu mehr Transparenz brauchen, ist ein besseres Transfer-Management, also professionelle Hilfe dabei, wie man ein gutes Projekt von A nach B übersetzt und dabei die Wirksamkeit durch Anpassung an die anderen örtlichen Verhältnisse erhält oder gar steigert. Auf diesem Gebiet sind zwar erste Ansätze erkennbar, aber viel zu wenig. Spielt die Caritas hier eine führende Rolle? Wenn nein, warum nicht?

Hier bedarf es eines neuen Aufbruchs: Wie schaffen wir die lokalen und regionalen Bündnisse, die in gemeinsamer und dauerhafter Anstrengung und unter gemeinsamer politischer Prioritätensetzung jeder seine besondere Stärke einbringt, damit wir an einem Seil und in dieselbe Richtung ziehen. So haben wir heute noch ein Lilliputaner-System der Freiwilligen und ihrer Nicht-Regierungs-Organisationen, das den Riesen Demografischer Wandel doch nicht fesseln kann.

Auch hier in Baden-Württemberg und anderswo gibt es hoffnungsvolle Ansätze: Lasst uns diese mit aller Macht weiterverfolgen und auch bundesweit bekanntmachen. Ansätze wie in Riedlingen und Eichstetten, die müssen verhundertfacht werden. Wie wäre es mit der Gründung von Quartiersgenossenschaften, wo sich alle Dienstleistungserbringer mit den -empfängern zusammentun und tatsächlich in einer verbindlichen und demokratischen Rechtsform eine caring community schaffen, von der wir noch weit entfernt sind?

Ich komme zum Schluß. Meine persönliche Antwort auf die Frage, ob wir die Zukunft bekommen, die wir verdienen, lautet: Wenn sich nicht Gewaltiges verändert in unserer Haltung gegenüber den demografischen Herausforderun-

gen, dann bekommen wir die Zukunft, die wir verdienen. Leider. Aber das ist nicht alles.

Der Gründer der GLS-Bank hat gesagt: „Die Angst vor der Zukunft, die wir befürchten, kann man nur bekämpfen durch die Gestaltung der Zukunft, die wir uns wünschen.“

Ein gutes Motto für das noch neue Jahr.

Loring Sittler

Der Autor ist Leiter des Generali Zukunftsfonds in Köln. Sein Beitrag ist die leicht bearbeitete und gekürzte Dokumentation eines Vortrags, den Loring Sittler bei der Jahresauftaktveranstaltung der Caritas in Baden-Württemberg am 4. Februar 2015 in Stuttgart gehalten hat.



Der Generali Zukunftsfonds

Als Versicherungsunternehmen hat Generali nach eigener Aussage das materielle Interesse, sich in einer Versicherungsgemeinschaft gegen zukünftige gesellschaftliche Gefahren abzusichern und dazu beizutragen, diese zu vermeiden. Es versteht sich als großer Bürger (corporate citizen). Die aus diesem Selbstverständnis resultierende gesellschaftliche Verantwortung nimmt das Unternehmen ganz bewusst und strategisch wahr durch seine Aktivität im Generali Zukunftsfonds: 2008 Veröffentlichung des ersten Engagementatlas, 2010 Bericht zur demografischen Lage der Nation, 2013 die Generali Altersstudie und 2014 die Generali Hochaltrigenstudie. Darüber hinaus verstärkt Generali mit einer umfangreichen Projektförderung den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements der Senioren, nicht zuletzt deshalb, weil eine funktionierende Gesellschaft Voraussetzung für das geschäftliche Wirken des Unternehmens ist.

